

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Ausschussbetreuender Fachbereich Frauenbüro/Gleichstellungsstelle	Datum 26.06.2008
	Schriftführung Gitta Schablack
	Telefon-Nr. 02202/142647
Niederschrift	
Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann	Sitzung am Donnerstag, 5. Juni 2008
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Sitzungszimmer 111, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:02 Uhr - 18:40 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) 18:23 Uhr – 18:33 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann aus der Sitzung vom 29.01.2008
320/2008**
- 4. Mitteilungen der Vorsitzenden**
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6. Jahresstatistik 2007 und Bericht über aktuelle Aktivitäten der**

Frauenberatungsstelle Bergisch Gladbach, Frauen helfen Frauen e.V.
321/2008

7. **Vorgehensweise hinsichtlich der als "besonders genderrelevant" definierten Produktgruppen**
322/2008
8. **Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach**
323/2008
9. **Integrationskonzept für Migrantinnen und Migranten**
324/2008
10. **"Auf dem Weg in die Chefetage. Betriebliche Entscheidungsprozesse bei der Besetzung von Führungspositionen." - Ergebnisse der im Auftrag des MGFFI in NRW in 2007 erstellten Studie**
325/2008
11. **Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes - Erste Informationen über die Arbeit der ADS**
326/2008
12. **Frauenpolitische Informationen**
327/2008
13. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B Nichtöffentlicher Teil

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil -**
2. **Mitteilungen der Vorsitzenden**
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Die Vorsitzende eröffnet die 16. Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

<-(a)

2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

@->

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form genehmigt.

<-(a)

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann aus der Sitzung vom 29.01.2008

@->

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

<-(a)

4 Mitteilungen der Vorsitzenden

@->

Die Vorsitzende macht keine Mitteilungen.

<-(a)

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

@->

Herr Kreilkamp informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass sich die Stadtverwaltung in diesem Jahr zum fünften Mal am Girls' Day beteiligt hat. Am 24.04.2008 besuchten über 120 interessierte Mädchen die beteiligten technischen und techniknahen Produktbereiche der Stadtverwaltung und die Workshops des Kooperationspartners Katholisches Bildungsforum.

Anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler

Frauenbüros/Gleichstellungsstellen am 1.10.2007 sei, so informiert Herr Kreilkamp weiter, das den Ausschussmitgliedern vorliegende und sehr ansprechende „TaschenBuch“ herausgegeben worden, das die vielfältigen Aufgabengebiete der konkreten Gleichstellungsarbeit im handlichen Format präsentiere.

<-@

6

Jahresstatistik 2007 und Bericht über aktuelle Aktivitäten der Frauenberatungsstelle Bergisch Gladbach, Frauen helfen Frauen e.V.

@->

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Lernbecher von der Frauenberatungsstelle Bergisch Gladbach. Frau Lernbecher bedankt sich für die Einladung und bezieht sich zunächst auf die der Mitteilungsvorlage anhängende Jahresstatistik 2007. Die Beratungstätigkeit umfasse thematisch alle Formen von Gewalt, Partnerschaftskonflikte, Konflikte bei Trennung/Scheidung und Essstörungen und andere psychosoziale Belastungen. Es handele sich fallspezifisch um ein- oder mehrmalige Beratungen und bedarfsorientiert Vermittlung an Ärztinnen/Ärzte, Therapeutinnen und Therapeuten, Rechtsanwälte und –anwältinnen, Behörden und andere psychosoziale Einrichtungen. Die Arbeit laufe Hand in Hand mit dem Beratungsnetzwerk im Rheinisch-Bergischen Kreis. Ein in 2007 zu verzeichnender leichter Rückgang der persönlichen Beratungen im Vergleich zum Vorjahr sei möglicherweise im Zusammenhang mit der mittelbedingten Streichung der Halbtagsstelle der Bürokraft zu sehen.

Es sei generell festzustellen, dass die Beratungsthemen komplexer werden, d.h., dass beispielsweise bei häuslicher Gewalt auch die finanzielle Sorge, psychosomatische Erkrankungen, die Sorge um die Kinder und um die Wohnung als Begleitthemen hinzukämen. In der Beratung von ausländischen Frauen seien manchmal – auch unter Hinzuziehung anderer mit ausländischen Frauen arbeitender Beratungsstellen und Dolmetscherinnen - die Grenzen der sprachlichen Verständigung erreicht. Um in diesen Fällen weiterhelfen zu können, sei im Grunde ein Dolmetscher/innenpool erforderlich. Auf Nachfrage von Frau Schu berichtet Frau Lernbecher, dass Ratsuchende auch mit Blick auf die Möglichkeiten innerhalb ihres Kulturkreises beraten werden.

Seit 2005 sei die Frauenberatungsstelle in Zusammenarbeit mit der Kreispolizei offiziell im Südkreis zuständig für die Interventionsberatung bei häuslicher Gewalt. Es sei ein leichter Anstieg der Interventionsberatungen zu verzeichnen.

Den größten Anteil an Beratungen nehme der Teil Partnerschaftskonflikte ein, wobei frühzeitige Gespräche mit ratsuchenden Frauen als Präventionsarbeit zur Vermeidung weiterer Eskalation zu sehen sei. Andernfalls könnten einerseits Paarberatungen oder auch die Erarbeitung von Trennungsperspektiven mit den Frauen weitere Schritte sein.

Auf Nachfrage von Herrn Kleine bestätigt Frau Lernbecher, dass beispielsweise für eine höhere Erreichbarkeit der Betroffenen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit immer wieder finanzielle und personelle Unterstützung gebraucht werde und jederzeit willkommen sei. So sei beispielsweise die letztjährige groß angelegte Plakataktion „Ihr Einsatz zählt! Hinsehen, hinhören, handeln!“ von Fortbildungen z.B. für Erzieherinnen, Leiterinnen von Frauengruppen in Kirchengemeinden, Hebammen begleitet worden, um diese vor Ort als Multiplikatorinnen zu sensibilisieren, im Bedarfsfall unterstützend zu agieren und Betroffene auf die Beratungsstellen

hinzuweisen. Ein weiteres wichtiges Projekt sei vorläufig an mangelnden finanziellen Ressourcen gescheitert: eine adäquate Zusammenarbeit mit Ärztinnen und Ärzten vor Ort, um möglichst auch Frauen zu erreichen, die aufgrund ihres familiären Hintergrunds wenig am öffentlichen Leben teilnehmen. Die Vorsitzende unterstreicht die Notwendigkeit, solche wichtigen Maßnahmen durch finanzielle Unterstützung der Frauenberatungsstelle zu ermöglichen. Frau Lernbecher weist darauf hin, dass aktuell die Finanzierungsmöglichkeit für eine u.a. präventive Beratung für Mädchen ab 12 oder 14 Jahren geprüft werde.

Frau Fahner berichtet aus einer Veröffentlichung der Bundesregierung im Jahr 2004, wonach nach einer repräsentativen Umfrage zum Thema häusliche Gewalt jede vierte Frau im Alter von 16 bis 84 Jahre hiervon mindestens einmal in ihrem Leben betroffen gewesen sei, und zwar durch ihren ehemaligen oder aktuellen Beziehungspartner. Weiter habe die Umfrage ergeben, dass bei den betroffenen Frauen von extrem hohem, signifikantem Einfluss war, ob sie als Kinder solche Gewalterfahrungen in ihrer Herkunftsfamilie selbst erlebt haben – hier war die Gefahr, später selbst Opfer oder Täter/in zu werden dreimal so hoch - oder Gewalt in der Familie mit ansehen mussten – hier war die Gefahr doppelt so hoch. Dieses Ergebnis unterstütze ganz klar die Notwendigkeit von Präventionsarbeit schon in den Kindergärten und Schulen, wie sie von der Frauenberatungsstelle durchgeführt wird.

Auf Nachfrage von Herrn Dresbach bestätigt Frau Lernbecher, dass die gesellschaftliche Situation eine Rolle spiele. Z.B. erhöhte Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen finanzielle Problematik den Druck, der vermehrt Auslöser für häusliche Gewalt sei. Daneben sei bei Arbeitslosigkeit auch die Gelegenheit zur Gewaltausübung stärker vorhanden.

Frau Kreft weist auf das Erfordernis hin, sich in beobachtete kritische Situationen einzuschalten, auch um von Gewalt betroffenen Kindern das aufgrund der eigenen Erfahrungen oft fehlende Gespür zu vermitteln: Das ist nicht in Ordnung. Es sei wichtig, Kinder von klein auf in ihrer Persönlichkeit zu stärken, sie sensibel für ihre Gefühle zu machen. Eine am heutigen Tag im Kreishaus zu diesem Thema eröffnete Ausstellung sei ein gutes Beispiel für diese Präventionsarbeit. Die Vorsitzende bekräftigt und ergänzt, dass die Ausstellung auch in allen Grundschulen des Rheinisch-Bergischen Kreises zu sehen sein werde. Herr Rosen weist darauf hin, dass sich die im vergangenen Jahr durch die große Koalition beschlossenen Schließungen von Jugendeinrichtungen als nachteilig herausstellten, weil damit Einrichtungen, in den klassisch Präventionsarbeit betrieben wird, entfallen.

Frau Lernbecher stellt in Form einer Internetpräsentation die neue Onlineberatung der Frauenberatungsstelle vor, die es auch ortsfernen, gehandicapten und aufgrund ihrer Konfliktsituation gehemmten Frauen ermöglicht, auf Anfrage innerhalb von zwei Tagen eine schriftliche Beratung zu erhalten. Es handele sich um ein niedrigschwelliges Angebot, das Frauen den Kontakt zu einer Beratungsstelle erleichtere.

Frau Kreft regt die Vorschaltung einer erklärenden Seite zum Eingangsbildschirm an, die z.B. Begriffe wie „Benutzername“ und „Login“ für Nutzerinnen erläutert, die im Umgang mit dem Internet eher ungeübt sind. Die Vorsitzende schließt sich dieser Anregung ebenso wie Frau Bendig an, die gesondert auf die Schwierigkeit für ältere Menschen hinweist, mit den im Internet vorausgesetzten Begrifflichkeiten umzugehen. Frau Lernbecher bedankt sich für die Hinweise und erläutert, dass es seitens des Anbieters der Homepage bestimmte nicht veränderbare Vorgaben gebe, andererseits möglicherweise eigene Texte mit dem Ziel noch besserer Verständlichkeit verändert werden könnten. Frau Lernbecher weist abschließend darauf hin, dass die Onlineberatung ein ergänzendes Angebot zur persönlichen

Beratung vor Ort sei. Die Vorsitzende bedankt sich bei Frau Lernbecher und wünscht viel Erfolg für die weitere Arbeit.

<-@

7

Vorgehensweise hinsichtlich der als "besonders genderrelevant" definierten Produktgruppen

@->

Frau Fahner erläutert in Anlehnung an den Inhalt der Vorlage, dass die Verwaltung eine praktikable Umgehensweise hinsichtlich der im Rat mit Verabschiedung der Haushaltsziele 2008 als genderrelevant festgelegten Produktgruppen erarbeitet habe. Es sei eine Unterscheidung getroffen worden nach

- besonders genderrelevanten frauenpolitischen Top-Themen wie Personalmanagement und Integrationskonzept, die eine durchgängige Begleitung des Frauenbüros/Gleichstellungsstelle erfordern, was gleichzeitig eine umfassende Beteiligung des AGFM bedeute.
- „per se“ genderrelevante Ziele, wie Anspruch auf einen KiTa-Platz aller 4- und 5-Jährigen oder Qualitätssicherung im ÖPNV, die bei Erreichung der Zielformulierung umgesetzt sind. Die Beteiligung des Frauenbüros/Gleichstellungsstelle ist nicht erforderlich, regelmäßiger Sachstandsbericht für das Frauenbüro/Gleichstellungsstelle und den AGFM ist vorgesehen.
- genderrelevante Produktgruppenziele, bei denen ressourcenabhängig eine kontinuierliche Begleitung durch das Frauenbüro/Gleichstellungsstelle nicht möglich ist. Bei diesen Zielen gibt das Frauenbüro/Gleichstellungsstelle Anregungen und Hinweise zur Berücksichtigung von Gendergesichtspunkten. Hier ist eine Beteiligung des AGFM in der Beratungsfolge vor den Fachausschüssen angestrebt, alternativ eine separate Vorlage, die die Zielumsetzung jeweils ausschließlich aus Gendersicht beschreibt.

Frau Holtzmann berichtet für die CDU-Fraktion, dass wegen des Bezuges zur Neufassung der Hauptsatzung die in der Vorlage beschriebenen organisatorischen Schritte zur Umsetzung der genderrelevanten Ziele nachrangig zu beschließen seien. Auch wegen des im Rahmen der Berichterstattung anzunehmenden erhöhten Vorlagenaufkommens könne die CDU-Fraktion nach dem jetzigen Kenntnisstand den vorgeschlagenen Beschluss nicht mittragen.

Frau Kreft begrüßt die von der Verwaltung in der Vorlage praktikabel dargestellte differenzierte Umsetzung der als genderrelevant bezeichneten Produktgruppenziele. Auch Herr Kleine sieht in der dreiteiligen Prioritätenliste eher eine zielorientierte Entlastung von Verwaltung und Politik. Frau Beisenherz-Galas befürwortet die Differenzierung und die dargestellte Beschränkung auf Kernthemen. Herr Kleine weist ergänzend darauf hin, dass die beschriebene Vorgehensweise laut Vorlage zunächst als einjährige Testphase beschlossen werden solle. Frau Fahner erläutert, es gehe in der Vorlage nicht mehr um die Entscheidung der Genderrelevanz bestimmter Themen, sondern um die verwaltungsintern abgestimmte Umgangsweise mit den Produktgruppen, die der Rat bereits als besonders genderrelevant beschlossen hat.

Frau Holtzmann bittet um eine Beratungspause für die CDU-Fraktion. Die Vorsitzende unterbricht die Sitzung. Die Sitzungsunterbrechung dauert von 18.23 –

18.33 Uhr.

Unter dem Gesichtspunkt der zeitlichen Beschränkung auf eine einjährige Testphase stimmt Frau Holtzmann im Namen der CDU-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag zu.

Die Mitglieder des AGFM fassen sodann einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann folgt dem unter Punkt 4 der Vorlage dargestellten Vorschlag der Verwaltung zur Vorgehensweise hinsichtlich der als „besonders genderrelevant“ definierten Produktgruppen.

8 <-@
Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach

@->

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.
Die Vorsitzende verweist auf die auf den Plätzen ausliegende Stellungnahme des MGFFI NRW vom 29.5.2008 zur Musterhauptsatzung des Städte- und Gemeindebundes. Sie geht davon aus, dass der Tagesordnungspunkt in der folgenden Sitzung des AGFM erneut beraten werden kann.

9 <-@
Integrationskonzept für Migrantinnen und Migranten

@->

Frau Fahner weist darauf hin, dass das Integrationskonzept zu den frauenpolitischen Top-Themen gehöre, an denen die Gleichstellungsstelle durchgängig teilnehme. Aus Gendersicht sei anzumerken, dass sie als Gleichstellungsbeauftragte Mitglied der Lenkungsgruppe sei, in der Genderaspekte eingebracht werden können. Einzelne Migrantinnen und speziell Fraueninstitutionen seien zu dem in der Vorlage erwähnten Workshop eingeladen worden, die Moderation sei bewusst genderorientiert ausgewählt worden.

10 <-@
"Auf dem Weg in die Chefetage. Betriebliche Entscheidungsprozesse bei der Besetzung von Führungspositionen." - Ergebnisse der im Auftrag des MGFFI in NRW in 2007 erstellten Studie

@->

Mit Blick auf die Bedeutung und den Umfang des Tagesordnungspunktes schlägt die Vorsitzende unter Zustimmung der übrigen Ausschussmitglieder vor, den TOP auf die nächste Tagesordnung des AGFM zu nehmen. Der Tagesordnungspunkt wird daraufhin von der Tagesordnung genommen.

11 <-@
Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes - Erste Informationen über die

Arbeit der ADS

@->

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

<-@

12 Frauenpolitische Informationen

@->

Die Vorsitzende bedankt sich für die Zusammenstellung der der Mitteilungsvorlage anhängenden Veröffentlichungen.

<-@

13 Anfragen der Ausschussmitglieder

@->

Es gibt keine Anfragen.

<-@

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.